

**General-Anzeiger, 06.10.2012**

## **Wohnen Im Bezirk Hardtberg**

### **Große Mehrheit für neues Baugebiet**

*Von Martin Ochmann*

**DUISDORF.. Die Politiker wollen dem Bau von 235 neuen Wohnungen zwischen Eendenich und Lengsdorf zustimmen.**



*Blick bis zum Kreuzberg: zwischen Eendenich und Lengsdorf ist laut Stadt Platz für 235 neue Wohnungen. Foto: Barbara Frommann*

Über die Pläne zur Bebauung des Gebietes "An den Lappenstrünken" haben die Politiker in der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung Hardtberg diskutiert. Die Verwaltung stellte die Pläne vor, die das Ergebnis der bisherigen Öffentlichkeitsbeteiligung widerspiegeln. Zustimmung gab es von den Fraktionen von CDU, SPD, Linken und FDP.

"Wir können nicht über Wohnungsmangel klagen und auf der anderen Seite jede Menge Grünfläche freihalten", sagte Barbara Naß (SPD). "Wir profitieren alle vom Zuzug, wir werden zustimmen", sagte Bert Moll (CDU), der daran erinnerte, dass der ursprüngliche Plan auch Fläche für Gewerbeansiedlung vorgesehen hatte. Darauf verwies auch Frank Thomas (FDP), der wegen der "Enge auf dem Wohnungsmarkt" die Zustimmung seiner Fraktion ankündigte. "Aber wir hätten gerne Informationen, warum von der Mischgebietsnutzung abgewichen wurde", sagte Thomas.

"Das Konzept wurde geändert, weil nicht genügend Investoren Interesse gezeigt haben", sagte Manfred Maas, im Planungsamt für Hardtberg zuständig. Zudem verwies er auf den Bedarf an Wohnraum. "Wir finden das gut, wir haben viel zu viel Gewerbe. So kann man etwas gegen die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt tun", sagte Nortfried Quickert-Menzel (Linke).

Bedenken äußerte Antje Waßmann (Grüne). Sie wollte wissen, welche Auswirkungen die geplante vier Meter hohe Lärmschutzwand auf die bestehende Bebauung habe. Außerdem verwies sie auf die ökologische Bedeutung der Fläche, auf der es Bussarde, Füchse, Zwergfledermäuse und Grünspechte gebe. "Wichtig ist außerdem, dass die geplante Ausgleichsfläche im Bezirk bleibt", sagte Waßmann.

Maas verwies darauf, dass derzeit noch Gutachten erstellt würden, die abgewartet werden müssten. Die Lärmschutzwand wird nach seiner Prognose keine Probleme verursachen. "Wir dürfen gar keine Lärmschutzwände mehr bauen, die Reflexionen hervorrufen", sagte Maas. Die Verkehrsplaner hätten zudem die zu erwartenden Verkehrsbelastungen untersucht und "keine unzumutbare Erhöhung" feststellen können.